



## Neues aus Düsseldorf

*Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph*

Ausgabe 07/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

wir melden uns mit dem ersten Newsletter nach der Landtagswahl mit einem herzlichen und fröhlichen „Hallo“ bei euch zurück. Ab sofort werden wir - wie ihr das von uns seit langem gewohnt seid - über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen, also aus Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Aber bei aller Kontinuität in der Information sind zwei Dinge ab diesem Newsletter dann doch neu. Zum einen berichten wir aus der Sicht von Oppositionspolitikern. Und zum anderen verantworten wir den Newsletter wieder zu Dritt. Denn erfreulicherweise haben wir drei Bochumer unsere Wahlkreise ja direkt für die SPD gewonnen. Allen unseren Wählerinnen und Wählern auch von dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank.

Gleich zu Beginn der Plenartage haben wir die Ausschüsse der neuen Wahlperiode festgelegt. Wir drei Bochumer Abgeordnete haben übrigens gemeinsam beraten und versucht, bei unseren „Ausschuss-Wünschen“ an die Fraktionsführung, neben der fachlichen Kontinuität auch die politischen Notwendigkeiten für Bochum zu berücksichtigen. In welchen Ausschüssen wir letztlich „gelandet“ sind, berichten wir selbstverständlich auch in diesem Newsletter.

Noch sind die beiden Plenartage etwas untypisch für die parlamentarische Arbeit. Kurze Tagesordnungen, jede Menge Anträge, die direkt abgestimmt und nicht zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen werden, und Koalitionsanträge im Bereich der Bildungs-, Wirtschafts- und Jugendpolitik, die unkonkret und wortreich sind, und genau genommen, nur den Koalitionsvertrag von CDU und FDP wiederholen. Man darf gespannt sein, ob die Regierungskoalitionen im Laufe der nächsten Monate konkreter werden. Gerade im Bereich der Kindertagesstätten ist das schnell notwendig. Deshalb gibt es auch einen Entschließungsantrag von uns, der ein neues, auskömmlich finanziertes und qualitätsförderndes Gesetz für die frühkindliche Bildung in NRW fordert. Und sicherlich werden wir schon in Kürze zeigen können, wie wir Sozialdemokraten uns ein solches Gesetz vorstellen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

G20-Gipfel : Vielen Dank an die nordrhein-westfälischen Polizistinnen und Polizisten

Mit diesem Newsletter möchten wir den nordrhein-westfälischen Polizistinnen und Polizisten, die in Hamburg beim G20-Gipfel im Einsatz waren, von Herzen danken. Die Bilder aus Hamburg waren über Tage schrecklich und entsetzlich. Blanke und brutale Gewalt, wie sie von den militanten Autonomen verübt wurde, hat mit der notwendigen Demonstrationsfreiheit nichts zu tun. In Hamburg haben extreme Kriminelle das Demonstrationsrecht missbraucht, in einem unvorstellbaren Ausmaß Straftaten begangen, Autos, Läden, Einrichtungen und öffentliche Infrastruktur angegriffen, Angst verbreitet und Menschen angegriffen, verletzt und vielleicht sogar mehr in Kauf genommen. Wir wünschen den verletzten Polizistinnen und Polizisten gute und schnelle Genesung und danken ihnen für ihren Einsatz.



Einladung zur Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Marc Herter in Bochum

Wir laden zu einer parteioffenen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW ein.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 17. August 2017, um 18:00 Uhr, im Fritz-Husemann-Haus (großer Sitzungssaal), Alte Hattinger Straße 19, 44789 Bochum, statt.

Wir freuen uns, dass uns der stellvertretende Vorsitzende der NRW SPD und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, **Marc Herter MdL**, bei dieser Diskussion mit seiner Teilnahme vor Ort unterstützt. Falls ihr ebenfalls an der Diskussion teilnehmen wollt, bitten wir, um eure Anmeldung zur Veranstaltung bis zum 3. August bei Svenja Ludwig:

Tel.: 0234/9230756 ; E-Mail: [Svenja.Ludwig@landtag.nrw.de](mailto:Svenja.Ludwig@landtag.nrw.de)

Wir freuen uns auf euch!

Demo vor dem Landtag für eine „gute OGS“



„Gute OGS darf keine Glückssache sein“ hieß es am Mittwoch, 12. Juli, vor dem Landtag. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW demonstrierte für bessere Rahmenbedingungen und einheitliche Standards in den Offenen Ganztagschulen. Rund 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren dem Aufruf gefolgt und setzten damit ein eindrucksvolles Zeichen.

Allein 150 OGS-Betreuerinnen und Betreuer der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Ruhr-Mitte kamen nach Düsseldorf, um sich an der Kundgebung zu beteiligen – und das durchaus kreativ:

mit bemalten T-Shirts an Wäscheleinen, die die Forderungen wiedergaben, und einem eigens einstudierten „OGS-Rap“. Carina Gödecke und Serdar Yüksel nahmen sich zwischen den

Plenarsitzungen die Zeit zum Austausch mit den AWO-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Bochum und Herne und signalisierten ihre volle Unterstützung.

Die Demo bildete den Abschluss einer längeren Kampagne. Hintergrund sind die regionalen Ungleichheiten in Sachen Finanzierung, Standards und Strukturen der Offenen Ganztagschulen. Da die jeweiligen freiwilligen Leistungen der Kommunen in diesem Bereich uneinheitlich ausfallen, kommt es nicht selten zu erheblichen Qualitätseinbußen.

Marc Schaaf, Bereichsleiter Schule & Jugend bei der AWO Ruhr-Mitte, sagte: „Die finanzielle Unterdeckung führt zu vielerlei Problemen. Dazu gehören unattraktive Stellen in Teilzeit. Auch die räumlichen Rahmenbedingungen sind schlecht. Wir betreuen inzwischen gut 100 Kinder in Räumen, die für 50 ausgelegt sind, geben das Mittagessen im Drei- bis Vierschichtsystem aus. Das ist belastend – für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Kinder.“

#### Unsere Ausschussbesetzung für Bochum, Wattenscheid und Herne



Die Arbeit in Fachausschüssen des Landtags zählt zu den elementaren Aufgaben unseres Mandats. Der Landtag setzt Fachausschüsse ein, die für die Arbeit des Parlaments mit ihrer beratungs- und gesetzesvorbereitenden Funktion elementar wichtig sind. Die Ausschüsse werden nach der Konstituierung des Landtags in der Regel für die Dauer einer Wahlperiode bestellt. In den Ausschüssen selbst sind die Fraktionen jeweils entsprechend ihres Stärkeverhältnisses vertreten. Hier finden

themenspezifische Anhörungen, Diskussionen, und Beratungen statt. Natürlich möchten wir euch unsere Ausschüsse deshalb nicht vorenthalten:

Serdars Ausschüsse: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales; Petitionsausschuss, Innenausschuss (stlv.), Rechtsausschuss (stlv.)

Carinas Ausschüsse: Ausschuss für Schule und Bildung, Hauptausschuss, Integrationsausschuss (stlv.), Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (stlv.)

Karstens Ausschüsse: Wissenschaftsausschuss, Ausschuss für Digitalisierung und Innovation, Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (stlv.), Ausschuss für Europa und Internationales (stlv.)

#### Aktuelle Kontaktdaten von Serdar, Carina und Karsten

Natürlich bleiben wir persönlich und kurzfristig weiterhin erreichbar. Daher möchten wir euch unsere aktuellen Kontaktdaten sowie unsere aktuellen Informationskanäle im Internet mitteilen:

Bürgerbüro Serdar Yüksel  
Nikolaistr. 2  
44866 Bochum  
Tel.: 02327 9913945  
[Serdars Homepage](#)  
[Serdar auf Facebook](#)

Wahlkreisbüro Carina Gödecke  
Alte Hattinger Str. 19  
44789 Bochum  
Tel.: 0234 9230756  
[Carinas Homepage](#)  
[Carina auf Facebook](#)

Landtagsbüro Karsten Rudolph  
Platz des Landtags 1  
40002 Düsseldorf  
Tel.: 0211 8842097  
[Karstens Homepage](#)  
[Karsten auf Facebook](#)

Karstens Wahlkreisbüro wird in den kommenden Wochen einsatzbereit sein. Die entsprechenden Kontaktdaten reichen wir beim nächsten Newsletter nach.

### Scheinheilig: Inklusion ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht



Die schwarz-gelbe Förderschulpolitik ist auf einem Auge blind. Statt einen ausgereiften Masterplan für die Umsetzung schulischer Inklusion vorzulegen, beschließt das Kabinett Laschet ein Moratorium für Förderschulen und verspricht so scheinheilig, dass keine Förderschule mehr geschlossen werden sollen und man auch die bereits auslaufenden Schulen aufrecht erhalten werde. In der Realität sieht dies aber ganz anders aus: Auslaufende Schulen sind bereits vom

Anmeldeverfahren ausgenommen, ebenso von der weiteren Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern, denn dort, wo die Schülerzahl schrumpft, schrumpft natürlich auch die Lehrerschaft.

### Unverzichtbar: Gebührenfreiheitsgesetz für Gerechtigkeit und als Standortsicherung

Die SPD-Landtagsfraktion brachte am Mittwoch den Entwurf des „Gebührenfreiheitsgesetzes“ in die Plenarsitzung ein. Es war nötig, weil CDU und FDP Studiengebühren einführen wollen. Das Gesetz ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Strategie für die Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Vor allem verhindert es aber massive persönliche Härten und Ungerechtigkeiten bei betroffenen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern.



### Einseitig: Ideologie für Wenige statt Lösungen für Viele



Die schwarz-gelbe Koalition hat mit ihrem Antrag für einen Neustart in der Wirtschaftspolitik einen großen Handlungsbedarf für die Wirtschaft in NRW festgestellt. Tatsächlich aber ist die Lage nach sieben Jahren Rot-Grün so gut wie lange nicht: „Zahl der Start-ups wächst in NRW seit Jahren“ (General-Anzeiger 5. Juli 2017); „NRW-Wirtschaft ist bester Stimmung“ (Rheinische Post vom 5. Juli 2017) oder „Helaba findet NRW ‚hochattraktiv‘“ (Westdeutsche Zeitung vom 29. Juni 2017) sind nur einige Auszüge aktueller Schlagzeilen. Mit der niedrigsten

Arbeitslosigkeit seit 1993 profitiert die Koalition von einer günstigen Ausgangslage, die die SPD-geführte Landesregierung ihr hinterlassen hat.

### Explosiv: Generalangriff auf die Mieterrechte gefährdet sozialen Frieden

Von den rund 18 Millionen Einwohnern Nordrhein-Westfalens leben gut 10,3 Millionen zur Miete. Auf sie kommen unter der neuen Landesregierung harte Zeiten zu. Denn laut Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP die sozialen Maßnahmen zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs zurücknehmen und die Kündigungssperrfristen des Vermieters bei Eigenbedarfskündigung aufheben.

Zudem soll die Zweckentfremdung von Wohnraum und die Umnutzung zu Eigentumswohnungen trotz steigenden Bedarfs von bezahlbaren Wohnungen erleichtert werden.



### Gleichberechtigt: Laschet muss sich klar zur Ehe für alle bekennen



Das Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare hat die letzte Hürde genommen und den Bundesrat passiert. Das ist ein großer Erfolg jahrelanger Arbeit auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Ohne die gesellschaftliche Aufgeschlossenheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre dieser historische Moment für die Gleichstellung verschiedener Lebensformen in Deutschland nicht möglich gewesen.

### Unverzichtbar : Zielgerechte Verteilung von Bundesmitteln an die Kommunen beibehalten

Anfang Juni 2017 beschlossen der Deutsche Bundestag und der Bundesrat eine Aufstockung des vom Bund im Jahr 2015 eingerichteten Kommunalinvestitions-Förderfonds um weitere 3,5 Milliarden Euro. Für Nordrhein Westfalen ergibt das einen Anteil von rund 1,12 Milliarden Euro. Es ist beabsichtigt, diese zusätzlichen finanziellen Mittel zweckgebunden für die Förderung der kommunalen Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen einzusetzen. Die Einzelheiten zur Durchführung sollen dabei in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern festgelegt werden.

### Unverantwortlich: CDU/FDP wollen keine Energiewende

Die schwarz-gelbe Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, den Windkraftausbau in NRW auf ein Minimum zu reduzieren. Dabei ist die Windkraft aufgrund ihrer hohen Leistungsfähigkeit das Rückgrat der Energiewende in NRW. Die Lippenbekenntnisse zur Energiewende und zum Klimaschutz im Koalitionsvertrag können nicht darüber hinwegtäuschen: CDU/FDP wollen keine Energiewende. Sie gefährden damit zum einen zukunftssichere Arbeitsplätze in der Windenergiebranche



und zum anderen einen enormen und langfristigen Wettbewerbsvorteil für die gesamte Wirtschaft in NRW durch günstigen erneuerbaren Strom. Die SPD steht im Gegensatz zur Koalition für eine ausgewogene, geordnete und konsequente Energiewende in NRW.

### Grundlos: Schwarz-Gelb will die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte abschaffen

Die Polizei in NRW ist modern und versteht sich zu Recht als Bürgerpolizei. Voraussetzung dafür ist, dass die Polizeikräfte im Dienst als Personen erkennbar und mit Namen ansprechbar sind – das ist wichtig für eine vertrauensbildende Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Eine Pflicht zur Legitimation hat die SPD-geführte Landesregierung erst vor kurzer Zeit eingeführt – gleichzeitig mit einer Pflicht zur anonymisierten Kennzeichnung der Bereitschaftspolizei im Einsatz. Damit kann auch im Nachhinein das Verhalten eines Polizisten oder einer Polizistin zugeordnet und überprüft werden. Ohne Not und ohne die positiven Effekte auf die Wahrnehmung der Polizei in der Öffentlichkeit zu berücksichtigen, will die schwarz-gelbe Landesregierung diese Pflicht nun wieder abschaffen. Die SPD-Landtagsfraktion lehnt das entschieden ab.

### Unberechtigt: Vorsicht bei der Nutzung von Mautdaten für die Strafverfolgung



Die CDU fordert auf Bundesebene, den Ermittlungsbehörden Zugriff auf die Daten der Autobahnmaut für LKW zu gestatten. Die SPD-Fraktion hält das für datenschutz- und verfassungsrechtlich problematisch. Die Maut bietet die Möglichkeit, Bewegungsprofile von allen LKW – und nach der Einführung der PKW-Maut künftig auch von allen PKW – zu erstellen. Zweck des Mautsystems ist aber, die Abrechnung der Maut für die Verkehrsteilnehmer möglichst einfach und gerecht zu gestalten – nicht sie zu

überwachen. Das haben alle Parteien bei der Einführung der Maut versprochen – auch die CDU. Dieses Versprechen darf die Politik nicht einfach brechen. Der Staat darf nicht massenhaft Unbeteiligte unter Generalverdacht stellen.

### Unausgereift: Unsere Kita-Träger brauchen ein qualitätsförderndes Finanzierungssystem

Mit einem unausgegorenen Antrag und einem unausgereiften Rettungsprogramm doktern CDU und FDP an den Symptomen der strukturellen Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung herum, ohne die Ursachen tatsächlich zu beseitigen. Anstatt eine gänzlich neue, problembeseitigende Finanzierungssystematik einzuführen, will die Landesregierung noch mehr Mittel in ein System stecken, in dem zusätzlicher Finanzaufwand verpufft, ohne für eine auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen Bildung zu sorgen und die finanziellen Probleme der Träger zu lösen. Die SPD-Fraktion fordert die schwarz-gelbe Landesregierung auf, unverzüglich ein neues, auskömmliches und qualitätsförderndes Gesetz für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.



## Vage: Schwarz-Gelb muss in der Steuerpolitik endlich Farbe bekennen



Während die SPD ein durchgerechnetes Steuerkonzept vorgelegt hat, welche kleinere und mittlere Einkommen gezielt entlastet, bleiben CDU und FDP auf Bundesebene vage. Die SPD will über die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Einführung der Parität bei der Krankenkasse und der Veränderung von Grenzen bei den Steuersätzen zielgenau Familien entlasten. Mit einer gerechten Erbschaftsteuerreform, der Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge, sowie der

maßvollen Erhöhung bei sehr hohen Einkommen, ist dieses Konzept durchgerechnet. Die CDU dagegen hat kein klares Konzept, sondern stellt nur ein Entlastungsvolumen in Aussicht. Es wird also wieder mit der Gießkanne verteilt, anstatt zielgenau zu entlasten.

### Weitere Informationen

**Serdar Yüksel**



**Carina Gödecke**



**Karsten Rudolph**



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502